

11.12.2016

Inhalt:

Kampagne für Mindestlöhne	S. 01	Zertifizierung von BIRO	S. 03
Geschwindigkeitsbegrenzung	S. 02	Vertrauen in Biomasseheizkraftwerk?	S. 03
Vorschläge zur Verkehrssicherheit	S. 02	Vorfahrt für Fußgänger und Radfahrer an Ampeln	S. 04
Verbrennung von Bahnschwellen	S. 02	Jugendarbeitskonzept als Grundlage für Bauplan	S. 04

April 2007

Kampagne für Mindestlöhne im Emsland

Auf der letzten Kreisvorstandssitzung behandelte der Vorstand die Beschäftigung im Niedriglohnsektor. Vor dem Hintergrund, dass mit dem Beginn der Spargelsaison auch im Emsland wieder verstärkt Erntehelfer gesucht wurden, die dem Niedriglohnsektor zuzurechnen waren, schloss sich die SPD im Emsland der Forderung der Bundespartei nach der Einführung von Mindestlöhnen an. „Im Emsland gebe es inzwischen jedoch ebenfalls in mehreren Branchen Beschäftigte, die einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, aber von dem erarbeiteten Lohn sich und ihre Familie nicht ausreichend ernähren können,“ erläuterte der stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende Peter Raske. Deren Lohn musste durch die Grundsicherung nach dem SGB II durch das Zentrum für Arbeit aufgestockt werden.

SPD-Ortsvereinsvorsitzender von Meppen Johannes Hessel wies daraufhin, dass nur 68% der Beschäftigten in Westdeutschland tariflich vereinbarte Löhne erhielten. Er betonte,

Armutslöhne gebe es nicht nur bei tarifungebundenen Arbeitgebern. Auch viele Tariflöhne lagen zwischen drei und vier Euro. Michael Weidekamp aus Salzbergen sagte: "Mit der "Geiz ist geil"-Mentalität bei Löhnen und Gehältern muss Schluss gemacht werden. In der öffentlichen Diskussion wird fälschlicherweise der Eindruck erweckt, als ob es sich bei niedrigen Löhnen ausschließlich um gering Qualifizierte ginge. Das ist nicht so. Lohn- und Sozialdumping muss durch einen existenzsichernden Mindestlohn Einhalt geboten werden.“

Auf Vorschlag der SPD-Kreisvorsitzenden Karin Stief-Kreihe startete die SPD am 21.04.07 in der Geschäftsstelle Meppen, Am Markt 8, eine Erstunterzeichnungskampagne für Mindestlöhne im Emsland. Eingeladen dazu wurden unter anderem Betriebsräte aus dem Emsland, die in Anwesenheit des Europaabgeordneten Matthias Groote, des Bundestagsabgeordneten Clemens Bollen und der beiden Landtagsabgeordneten Karin Stief-Kreihe und Klaus Fleer diese Kampagne eröffneten.

SPD: Schluss mit Armutsgehältern

Partei startet Kampagne für Mindestlöhne

MEPPEN. Die Kreis-SPD startet eine Kampagne für Mindestlöhne im Emsland. Das ist das Ergebnis der jüngsten Kreisvorstandssitzung.

„Vor dem Hintergrund, dass mit Beginn der Spargelsaison auch im Emsland wieder verstärkt Erntehelfer gesucht werden, die dem Niedriglohnsektor zuzurechnen sind, schließt sich die Emsland-SPD der Forderung der Bundespartei nach der Einführung von Mindestlöhnen an“, schreibt der stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende Peter Raske in einer Pressemitteilung.

Im Emsland gebe es inzwischen jedoch ebenfalls in mehreren Branchen Beschäftigte, die einer Vollzeitbeschäftigung nachgingen, aber von dem erarbeiteten Lohn weder sich noch ihre

Familie ausreichend ernähren könnten. Deren Lohn müsse durch die Grundsicherung nach dem SGB II durch das Zentrum für Arbeit aufgestockt werden, so Raske.

Johannes Hessel, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Meppen, wies darauf hin, dass nicht nur tarifungebundene Arbeitgeber „Armutslöhne“ zahlten. Michael Weidekamp (Salzbergen) forderte: „Mit der Geiz-ist-geil-Mentalität bei Löhnen muss Schluss gemacht werden.“

Auf Vorschlag der Kreisvorsitzenden Karin Stief-Kreihe wird die SPD an diesem Samstag in der Geschäftsstelle Meppen eine Erstunterzeichnungskampagne für Mindestlöhne im Emsland starten. Dazu eingeladen werden u.a. hiesige Betriebsräte.

Ems-Zeitung 17.04.2007

11.12.2016

Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Oldenburgischen Straße

Um den Verkehr flüssiger und sicherer zu gestalten, schlug die SPD-Fraktion einige Veränderungen vor.

Nachdem die langjährige Forderung der SPD nach dem Bau einer Ampelanlage an der Kreuzung Moorstraße Russelstraße erfüllt wurde und die Ampelschaltung auf große Zufriedenheit in der Bevölkerung stieß, möchte die SPD die Verkehrssituation an der Kreuzung Hauptkanal-Russellstraße-Hermann-Lange-Straße entschärfen. Dazu sollte der Bau eines Kreisels am Hauptkanal zwischen Russelstraße und Hermann Lange Straße dienen.

Das Ärgernis bei der Einmündung der Moorstraße in die Friederikenstraße sollte endlich mit dem Bau einer zusätz-

lichen Abbiegespur beseitigt werden. An dieser Stelle staute sich der Verkehr unnötigerweise, weil keine Abbiegespur gebaut wurde, obwohl ausreichend Platz dafür vorhanden war.

Die SPD-Fraktion forderte außerdem eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 70 km/h an der Kreuzung Oldenburger Straße und Gutshofstraße in Aschendorfermoor. Wegen des Kurvenradius der Oldenburgerstraße würde die Geschwindigkeit auf dieser Straße für die Auffahrenden aus Aschendorfermoor oft falsch eingeschätzt. An dieser Stelle gab es eine ähnliche Gefährdung wie im Bereich Neulehe, wo die Oldenburger Straße auf 80 km/h reduziert wurde.

Vorschläge zur Verkehrssicherheit

Nachdem es in der Vergangenheit sechs zum Teil schwere Unfälle auf der Rheiderlandstraße bei der Einmündung zur Meyer-Werft gab, befürchtete die SPD demnächst noch größere Probleme an der Einfahrt zu Tor 2.

Demnächst sollte der Zuliefer-Schwerlast-Verkehr über diese Einfahrt laufen. Dies würde zu weiteren Problemen für die Rheiderländer führen, die als Abbieger auf das Gelände der Meyer-Werft wollten, so SPD-Ratsherr Ludger Husmann. Die Unfälle der Vergangenheit hätten sich zum größten Teil deshalb ereignet, weil der Bereich der Einmündung zur Meyer-Werft hinsichtlich der Geschwindigkeit schlecht einzuschätzen war. Dies galt in besonderem Maße in der Dämmerung. Statt jedoch die Kreuzung mit Gelblichtlampen besser auszuleuchten, die Abbiegespur zu verlängern und ein Schild „Unfall-schwerpunkt“ aufzustellen, wollte man sich mit einer Tempo-Reduzierung von 70 km/h auf 50 km/h und der Aufstellung eines „Starenkasten“ zur Geschwindigkeitskontrolle begnügen. Ein Kreisel, wie er von Teilen der SPD-Fraktion befürwortet wurde, könnte hier nicht weiterhelfen, so Ludger Husmann, weil er für die Tieflader der Meyer-Werft nicht geeignet war.

Die SPD-Fraktion forderte deshalb, zu prüfen, ob an dieser Stelle eine Ampelanlage helfen könne, die Situation zu entschärfen.

SPD fragt nach dem Grund für die Verkürzung der Testphase zur Verbrennung von Bahnschwellen

Nachdem der Verwaltungsausschuss mehrheitlich einer Erprobung der Verbrennung von Bahnschwellen im Biomasse-Heizkraftwerk zustimmte, änderte PROKON plötzlich die Laufzeit der Testphase von 3 Monaten auf 3 Wochen.

Die SPD war besorgt, was diese Veränderung zu bedeuten hatte. Waren mit dieser Verkürzung der Erprobungsphase überhaupt ausreichend gesicherte Ergebnisse gewährleistet? War die verkürzte Testung nur eine Alibi-Erprobung?

PROKON änderte die Bewilligungsgrundlage, ohne dass der Rat oder der VA einen Beschluss gefasst hatten. Welche Gründe waren dafür ausschlaggebend?

Mit dieser Handlungsweise entstanden Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit von PROKON. Wurde bei der Beantragung des Probetriebs zur Verbrennung von Bahnschwellen die dreimonatige Erprobung damit begründet, mehrere Messungen

durchführen zu wollen, so sollten plötzlich 3 Wochen dafür ausreichen. Allein die Analyse und Auswertung einer Messung sollte ca. drei Wochen dauern.

Deshalb stellte sich die Frage, ob mit einem so kurzen Probebetrieb überhaupt verwertbare Ergebnisse zu erzielen waren.

Die SPD forderte PROKON auf, die Messreihen ausführlich zu erläutern. Wichtig wäre dabei vor allem die Darstellung, welche Messpunkte gewählt wurden; ob es Messpunkte außerhalb der Anlage gab und ob es Messungen vor dem Betrieb mit Bahnschwellen und nach dem Betrieb von Bahnschwellen in der Umgebung des Biomasseheizkraftwerks gab.

Außerdem fragte die SPD, welche unterschiedlichen Mischungsverhältnisse von Bahnschwellen und unbelastetem Holz getestet wurden und wie der Vorgang kontrolliert und ausgewertet wurde.

11.12.2016

Zertifizierung von BIRO

Auf die Forderung der SPD reagierte BIRO damit, dass sie auf die Zertifizierung des Betriebes hinwies. Dazu schrieb Peter Raske einen Leserbrief:

„Häufig wird mit der Zertifizierung eines Betriebes die Auffassung verbunden, dass der Betrieb damit außerordentliche Qualität liefere. Sicherlich unterwirft sich damit der Betrieb Auflagen, die nachprüfbar sind. Aber gemessen wird die Zertifizierung daran, wieweit sich der zertifizierte Betrieb an die selbstdefinierten Zielsetzungen hält und wie transparent die damit verbundenen Umsetzungsprozesse dokumentiert werden.

Diese Verpflichtung der Einhaltung von bestimmten transparenten Umsetzungsprozessen bei der Produktion ist sicherlich für viele Betriebe ein Fortschritt, weil sie auch die Verpflichtung beinhaltet, die Ziele im Sinne einer Verbesserung der Produktionsabläufe jedes Jahr zu verändern.

Ist damit aber Zertifizierung gleichzusetzen mit einem Qualitätssiegel?

Meiner Meinung nach nur mit Einschränkungen. Im Prinzip könnte sich ein Betrieb zur Herstellung von Schwimmflügeln aus Beton durchaus zertifizieren lassen, obwohl es sicherlich unsinnig ist, solche Art Schwimmflügel herzustellen. Es kommt allein darauf an, wie die eigene Zielsetzung des Betriebes aussieht und wie er die Umsetzung zur Zielerreichung und deren Prozesse entsprechend der Zertifizierungsvorgaben durchführt und dokumentiert.

Was ich bei Biro vermisse, ist die Transparenz des Prozesses. So ist im Internet unter Gütesiegel nur vermerkt: Ausgezeichnet und zertifiziert. EfbV-Zertifikat: Das EfbV-Zeichen steht für die Zertifizierung eines geprüften Entsorgungsbetriebes. Auf Grund der Prüfung wurde festgestellt, dass alle in dieser Verordnung genannten Anforderungen von Biro erfüllt sind. Es existiert noch nicht einmal eine Verlinkung zu den Zertifikatsanforderungen.“

Verspielen CDU und PROKON das Vertrauen in Biomasseheizkraftwerk?

Die Mitglieder der SPD-Fraktion erinnerten CDU und Prokon daran, dass der Bau des Biomasseheizkraftwerks auch mit Zustimmung der SPD erfolgte. Dies geschah deshalb, weil in einem besonderen Vertrag die Verbrennung von hoch belasteten Brennstoffen ausgeschlossen wurde. Die SPD fragte, warum dieser Vertrag so nicht weiter Bestand haben konnte?

Gleichzeitig wurde beim Bau versprochen, das Holzlager von der jetzigen Stelle direkt neben das Heizkraftwerk zu verlagern. Mit der Aufkündigung des Vertrages bestätigten sich die Befürchtungen, die einige schon damals hatten, dass bei wirtschaftlichem Druck oder Verknappung leicht belasteter Hölzer auch stärker verunreinigte Verbrennungsstoffe verbrannt werden könnten. Unter der Überschrift „Versprochen und nicht gehalten“ konnte man auch die Verlagerung des Holzlagers zum Biomasseheizkraftwerk abhaken. Weil mit der Einrichtung eines neuen Lagers unter größeren Auflagen und nur verbunden mit einer höheren Investition der Gewinn niedriger ausfallen würde, hielt Biro an dem alten Lager fest und ließ sich lieber „zertifizieren“.

Die SPD-Fraktion bezweifelte die Rechtmäßigkeit des Beschlusses der Probeverbrennung durch den Verwaltungsausschuss. Sie ging davon aus, dass die Genehmigung der Erprobung nur durch einen Ratsbeschluss hätte erfolgen dürfen genauso wie die Vertragsänderung eines Ratsbeschlusses

bedürfte.

Mit ihren Argumenten und Handlungen setzten Prokon und die CDU leichtfertig das Vertrauen der Bürger aufs Spiel. Die CDU sollte sich an ihr Waterloo in Aschendorfer Moor erinnern, bevor sie der SPD Diffamierung vorwirft.

Mit ihren Handlungsweisen entstünden Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit von Prokon, der Verwaltung und der CDU. Wurde noch bei der Beantragung des Probetriebs zur Verbrennung von Bahnschwellen die dreimonatige Erprobung damit begründet, mehrere Messungen durchführen zu wollen, so sollten plötzlich 3 Wochen dafür ausreichen.

Die SPD forderte Prokon auf, die Messreihen ausführlich zu erläutern. Wichtig wäre dabei vor allem die Darstellung, welche Messpunkte gewählt wurden; ob es Messpunkte außerhalb der Anlage gebe und ob es Messungen vor dem Betrieb mit Bahnschwellen und nach dem Betrieb von Bahnschwellen in der Umgebung des Biomasseheizkraftwerks gebe.

Des Weiteren fragte die SPD, welche unterschiedlichen Mischungsverhältnisse von Bahnschwellen und unbelastetem Holz getestet wurden und wie der Vorgang kontrolliert und ausgewertet wurde.

Mai 2007

Sonntags Report 20.05.2007

SPD vertraut Prokon nicht

Betreiberfirma des Biomasse-Heizkraftwerkes an Versprechen erinnert

■ Papenburg (hsz) Der Streit um die Verbrennung teerhaltiger Bahnschwellen im Heizkraftwerk der Firma Prokon in Papenburg setzt sich fort. Nachdem Prokon-Geschäftsführer Ingo de Buhr im SonntagsReport harsche Kritik an der Haltung der Papenburger SPD geäußert hatte, bekam er nun die Retourkutsche. Der Bau des Kraftwerks sei mit Zustimmung der SPD erfolgt, betonte Stadtratmitglied Peter Raske. Zu diesem Zeitpunkt sei die Verbrennung hoch belasteter Brennstoffe

jedoch vertraglich ausgeschlossen worden. Zudem habe Prokon zugesagt, das Holzlager in die unmittelbare Nähe des Kraftwerks zu verlegen. Raske: „Mit der Aufkündigung des Vertrages bestätigen sich die Befürchtungen, dass bei wirtschaftlichem Druck oder Verknappung leicht belasteter Hölzer auch stärker verunreinigte Stoffe verbrannt werden könnten.“ Auch die nicht erfolgte Verlagerung des Holzlagers stünde unter der Überschrift „Ver-

sprochen und nicht gehalten“. Raske: „Mit ihren Argumenten und Handlungen setzen Prokon und die CDU leichtfertig das Vertrauen der Bürger aufs Spiel.“ So habe Prokon beim Antrag des Testetriebs zur Verbrennung von Bahnschwellen eine dreimonatige Erprobung damit begründet, mehrere Messungen durchführen zu wollen. Nun sollten nur noch drei Wochen dafür ausreichen. Die SPD fordert die Betreiberfirma auf, die Messreihen ausführlich zu erläutern. Wich-

tig sei vor allem die Darstellung der gewählten Messpunkte. So will die SPD wissen, ob es Messpunkte außerhalb der Anlage gibt. Darüber hinaus fragt die Fraktion nach Messergebnissen vor der Verbrennung der Bahnschwellen. Nicht zuletzt wollen die Sozialdemokraten im Papenburger Stadtrat erfahren, welche unterschiedlichen Mischungsverhältnisse von Bahnschwellen und unbelastetem Holz getestet werden – und wie die Vorgänge kontrolliert und ausgewertet werden.

11.12.2016

Vorfahrt für Fußgänger und Radfahrer an Ampeln

Nachdem die langjährige Forderung der SPD nach dem Bau einer Ampelanlage an der Kreuzung Moorstraße Russelstraße erfüllt wurde und die Ampelschaltung auf große Zufriedenheit der Autofahrer stieß, klagten Fußgänger und Fahrradfahrer darüber, dass sie keine automatische Freischaltung erhielten sondern extra für die Freischaltung an der Ampel sorgen müssten. Statt gleichzeitig mit dem Autoverkehr die Kreuzung queren zu können, müssten sie häufig lange warten, bis ihnen die Kreuzung freigegeben würde.

Nach Überprüfung mehrerer Ampelanlagen stellten die SPD-Ratsherren fest, dass diese Schaltung für fast alle Kreuzungen mit Ampelanlagen galt. In Papenburg hatten die Autofahrer eindeutig Vorfahrt bei der Überquerung von Kreuzungen. Für einige Ampelanlagen galt außerdem, dass die Wartezeit für die Überquerung für Fußgänger und Radfahrer wesentlich länger

war als für Autofahrer, so dass häufig die Fußgänger schon bei Rot die Straße überquerten und ihre Freigabe nicht mehr abwarteten.

Dieser Zustand war nicht länger hinnehmbar. Weil sich die Stadt als Fahrradstadt rühmte, fordert die SPD Vorfahrt von Fußgängern und Radfahrern an Ampeln. Ebenso forderte sie Tempo 30 km/h vor jeder Schule und unterstützte die Forderung nach einer ordnungsgemäßen Verkehrsführung an Kreiseln, die verhinderten, dass Radfahrer entgegen der allgemeinen Verkehrsführung die Kreisel durchfahren.

Für die Zukunft würde die Nutzung des Fahrrades für die Bürger und den Tourismus an Bedeutung zunehmen. Deshalb war es notwendig, das Fahrradwegenetz verkehrssicher und attraktiv zu gestalten.

Juni 2007

Konzept der Jugendarbeit als Grundlage für Bauplan

Das Jugendzentrum hatte sich bis jetzt bewährt und war ein wichtiger Bestandteil der Jugendarbeit in Papenburg. Für die Zukunft sollte berücksichtigt werden, dass mit der Einführung der Ganztagschulen die freie Zeit für die Jugendlichen sich veränderte. Da die Schulen in viel stärkeren Maße mit Vereinen kooperieren würden, bzw. selbst Freizeitangebote machen würden, müsste auch das zukünftige Konzept des Jugendzentrums überdacht werden und den notwendigen Veränderungen der Freizeit der Jugendlichen angepasst werden.

Deshalb sollte der Neubau eines Jugendzentrums noch einmal überdacht werden.

Seit einigen Jahren verschlechterte sich der bauliche Zustand des Jugendzentrums. Darum begrüßte auch die SPD einen Neubau. Sie war jedoch der Meinung, dass für eine gute Jugendarbeit in Papenburg in erster Linie das Konzept einer zukünftigen Jugendarbeit weiterentwickelt werden müsste. Die Standortfrage und die räumliche Ausstattung des Jugendzentrums müssten sich aus einem solchen Konzept ergeben. Dabei müsste vor der Erstellung eines Bauplanes des Jugendzentrums das Konzept der zukünftigen Nutzung entwickelt werden.

Wichtig war, neben den Angeboten im Jugendzentrum zukünftig noch mehrzusätzliche Aktivitäten in den Stadtteilen zu entwickeln. Ebenso wichtig war aber auch die personelle Ausstattung für die Jugendarbeit.

Dies bedeutete, dass ein Jugendzentrum neben einem zentralen Veranstaltungsort als Basislager oder Ausgangspunkt für dezentrale Aktivitäten und oder auch zeitlich begrenzte Projekte sein müsste.

Aus der zukünftig veränderten Freizeitstruktur und der notwendigen Zusammenarbeit mit anderen Institutionen wie zum Beispiel Zinner oder den Schulen und den Vereinen müsste das Jugendzentrum sich zum Ort der Koordination der Jugendarbeit in Papenburg entwickeln, in dem alle in der Jugendarbeit Tätigen sich heimisch fühlen können.

Nachdem die CDU die Notwendigkeit des Jugendzentrums nicht mehr in Frage stellte, sollten alle Fraktionen gemeinsam

dafür sorgen, dass neben dem Neubau des Jugendzentrums die personelle Ausstattung für die Jugendarbeit erweitert wird.

Viele Fragen sind noch nicht geklärt

Die Stadt Papenburg will ein neues Jugendzentrum bauen. SPD und Grüne kritisieren einige Details der Planungen.

Von Christine Schneider-Berents

PAPENBURG. Einig sind sich alle Fraktionen im Rat der Stadt Papenburg darin, dass für das im alten Wasserwerk am Deverweg eingerichtete Jugendzentrum (JZ) ein Neubau errichtet werden soll. Dennoch ist man sich in vielen Detailfragen uneins: Der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen schreiten die Planungen zu schnell voran. Da die Neubaupläne bereits am kommenden Dienstag in der Sitzung des Kita-, Jugend- und Schulausschusses besprochen werden sollen, bleibe keine Zeit mehr für Änderungsvorschläge. Die Jugendlichen jedoch habe man gar nicht befragt. Der Neubau könne nicht im Hauruckverfahren beschlossen werden, erklärt dazu Daniela Herden, Fraktionsvorsitzende der Grünen. Man erwarte, dass die Jugendlichen in die Planungen einbezogen werden. Auch Schulen, Kirchen und Vereine müssten die Gelegenheit haben, ihre Meinung zu sagen. Die SPD-Fraktion hält den für den Neubau des Jugendzentrums vorgesehe-

nen Standort für problematisch. Gebaut werden soll im hinteren Bereich des Marktplatzes am Untenende. „Aus Sicherheitsgründen viel zu abgelegen“, findet Peter Raske. Der SPD-Politiker schlägt vor, über eine Nutzung der Jugendherberge als Jugendzentrum nachzudenken. Und auch das Nutzungskonzept müsste nach Ansicht von Raske überarbeitet werden. Mit der Einführung der Ganztagschulen werde sich das Freizeitverhalten der Jugend ändern. Vielleicht sei das JZ künftig nur noch eine Art „Basislager“, und die Aktivitäten fänden an anderen Orten statt.

Die Jugend soll zum Konzept befragt werden

Der Wecker 13.06.2016